

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Bernsprachstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 143.

Freitag, 23. Juni 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen sowie am Schalter der Postamt. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Ausgabe für die Nummer des Ausgabetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Banger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Anzeigen für das „Riesaer Tageblatt“ erbeiten uns bis spätesten Vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabetages.

Die Geschäftsstelle.

bekleidet. Es wird erachtet, Wahrnehmungen über die Person des Thäters bez. dessen Aufent-

halt unter dem Altenzeichen St. A. IV. 361/93 anhört mitzuteilen.

Dresden, den 22. Juni 1893.

Der Königliche Staatsanwalt.
Stein.

Bekanntmachung.

In der Nacht zum 19. Juni 1893 sind auf dem Hammertorwerk in Gröba 1000 Mark gestohlen worden. Der unbekannte Thäter war 30—36 Jahre alt, von länglicher und schmächtiger Statur, trug blonde Schnurrbart und war mit grauem Strohhut und grauem Anzug

gewandelt. Es wird erachtet, Wahrnehmungen über die Person des Thäters bez. dessen Aufent-
halt unter dem Altenzeichen St. A. IV. 361/93 anhört mitzuteilen.

Dresden, den 22. Juni 1893.

Der Königliche Staatsanwalt.
Stein.

Bekanntmachung.

Tie in Nr. 131/132 des „Riesaer Tageblatt“ belant gegebene Sperrung des Kommuni-
cationsweges von Weida nach Oelsitz wird vom 23. Juni d. J. ab aufgehoben.

Weida, am 22. Juni 1893.

Schlag, G.-V.

Bestellungen

auf das mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich
Abends erscheinende

„Riesaer Tageblatt und Anzeiger“
(Elbeblatt und Anzeiger)

für das

3. Vierteljahr

werden von sämtlichen kaiserlichen Postanstalten, den
Landbriefträgern, unsern Geschäftsstellen in Riesa und
Strehla, sowie in den Ausgabestellen bei Herren
Paul Holz, Ecke Poppitzer- und Schäzenstraße, **A. B.**
Hennicke, Hauptstraße, Kaufmann **Hermann Müller**,
Kaiser-Wilhelm-Platz und **Paul Koschel**, Bahnhofstraße,
bei Abholung dorthin zum Preise von 1 M. 25 Pf.
zahlbar pränumerando, angenommen; durch unsere
Ansträger, die jeder Zeit Bestellungen annehmen, frei
ins Haus geliefert ist der Preis 1 M. 50 Pf., (monatlich
50 Pf.) durch die Post frei ins Haus 1 M. 65 Pf.,

bei Abholung am Postschalter 1 M. 25 Pf.)

Anzeigen finden durch das „Riesaer Tage-
blatt und Anzeiger“, die im Amts-
bezirk bei Weitem verbreitetste und gelesenste
Zeitung, anerkanntermaßen die beste und zweckent-
sprechendste Verbreitung.

Riesa,
Kastanienstraße 59.

Die Geschäftsstelle.

Zur Wahl.

Der Gesamtvorstand der Internationalen in Paris
hat in seiner letzten Tagung am Sonnabend ein Manifest
an die Sozialdemokraten Europas erlassen, das mit folgenden
Sätzen schließt:

1) die französischen Arbeiter fühlen sich eins mit den
Sozialisten Belgiens gegen das Haus Coburg; 2) sie
fühlen sich eins mit den Arbeitern und Sozialisten
Italiens gegen die Monarchie unter dem Hause Savoyen;
3) sie fühlen sich eins mit den Sozialisten der ganzen
Welt gegen die herrschenden und bestygenden Klassen, und
4) sie fühlen sich eins mit den deutschen
Sozialisten im Kampf gegen das Deutsche
Reich.

Rächer und Klarer sind die Bestrebungen der internationalen Sozialdemokratie noch nicht ausgeprochen worden:
„Der Kampf gegen das Deutsche Reich“ ist ihre Parole.
Ganz zweifellos haben Tausende und Abertausende von
sozialdemokratischen Wählern keine Ahnung davon, in welchen
Kampf sie von ihren internationalen Führern getrieben werden sollen; aber bei ihrer blinden Unterwerfung unter
diese Führer helfen sie den Kampf vorbereiten und das
Schwert schärfen, mit dem er geführt werden soll. Sie
finden daher gefährlich, wie die Führer selbst. Wer daher bei
den Stichwahlen die Sozialdemokratie direct oder indirect
(durch Wahlenthalzung) unterstützt, der begibt Verrat an
am Deutschen Reich, denn der Untergang des
Deutschen Reichs ist das Streben der internationalen
Sozialdemokratie. Wer im Kampf gegen die vaterland-
losen Bestrebungen der Sozialdemokraten noch irgend etwas
zu verlieren hat, dessen Pflicht ist es, bei der Stichwahl
ohne Ansehen der Partei überall, wo Sozialdemokraten

in die Stichwahl kommen, gegen diese aufzutreten. Ein Unglück für das Reich wäre es, wenn die Stichwahlen die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten wesentlich erhöhte und bei den internationalen Führern die Hoffnung auf eine baldige Erreichung ihres Zieles erweckte. Die Parole am Wahltage ist daher für alle, die am Deutschen Reich festhalten: Einigkeit im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Wer daher sein Vaterland, sein Königshaus liebt hat, wer seine Religion hochhält und nicht durch jüdisch-sozialdemokratische Irrlehren lächerlich machen lassen oder des staatlichen Schutes beraubt will, wer nicht in abschätziger Zeit den von Böbel angekündigten großen Radikalabschiff, die soziale Revolution, sondern die Reformen auf gesetzmäßigem Wege herbeigeführt wissen will, der wähle nicht den Anhänger der verbotenen sozialdemokratischen Partei, sondern er gebe seine Stimme dem streng monarchisch gesinnten, des Volkes wahre Interessen anstreben Mann, der insbesondere auf Hebung des gesamten Arbeiter- und Mittelstandes bedacht sein wird, er wähle den Landwirth Herrn Heinrich Lieber in Stroga.

Tagesgeschichte.

Mit besonderer Spannung sieht man dem Ausfall der Stichwahl in Hagen entgegen, wo Herrn Eugen Richter ein Sozialdemokrat gegenübersteht. Letzterer, der Hagenener Schlosser Breit, siegte über den nationalliberalen Kandidaten, Rechtsanwalt Dr. Voßmann, am 15. Juni mit 143 Stimmen (6914 : 6771 Stimmen), während Eugen Richter 9659 und der Zentrumskandidat 2392 Stimmen erhalten. In der Stichwahl stimmen die Zentrumswähler, wie von ihnen förmlich bekannt gemacht worden ist, für Eugen Richter. Um die an der Wehrheit über den Sozialdemokraten noch fehlenden Stimmen zu bekommen, hatte man auf die Unterstützung der Nationalliberalen gerechnet. Diese Hoffnung ist jetzt vereitelt, sie enthalten sich der Wahl. In einer sehr zahlreich besuchten Versammlung nationalliberaler Rücksicht des Wahlkreises Hagen-Schwelmen wurde folgender Beschluss einstimmig gefasst: „Bei der vorstehenden Stichwahl können wir weder dem einen, noch dem Andern der in Frage stehenden Bewerber den Sieg wünschen. Der Eine gehört einer Partei an, welche die erklärt Feindin unserer gesellschaftlichen Ordnung ist. Der Andere ist zwar Mitglied einer auf dem Boden unserer gesellschaftlichen Ordnung stehenden Partei, aber er hat mehr als irgendemand zum Unheil des Vaterlandes, zur Vermehrung der Unzufriedenheit und zur Verhebung der Parteien beigetragen. Er ist derjenige Mann, welcher vielleicht am meisten der von so vielen guten Patrioten aller politischen Parteien ersehnten Verjährung und Vereinigung zur gemeinsamen friedlichen Arbeit für das Wohl des Volkes entgegensteht. Diesen Mann können wir ebenso wenig wählen, wie einen Sozialdemokraten. Wir können daher unseren Gewinnungsgenossen nicht empfehlen, einem der beiden zur Stichwahl stehenden Kandidaten ihre Stimme zu geben.“ Ob es Eugen Richter gelingen wird, den Sozialdemokraten aus dem Felde zu schlagen, bleibt abzuwarten.

Deutsches Reich. Wie in eingeweihten Kreisen verlautet, hat der Kaiser die geplante Reise nach Spanien für dieses Jahr endgültig aufgegeben. Deutscher Finanzminister Miquel hat sich nach der „Kreuzzeitung“ in der Steuercommission des Herrenhauses nur insofern geäußert, daß die Frage der Reichserbschaftsteuer von den verbündeten Regierungen bisher nicht erwogen worden sei. Die Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen, die dem Bundesrecht zugegangen sind, zerfallen in sieben Abschnitte und umfassen 36 Paragraphen. Der erste Ab-

schnitt, Allgemeine Bestimmungen, betrifft die Zulassung von Sprengstoffen und ordnet, ungewöhnlich in das Einzelne eingehend, die Verwendung und Verpackung der Sprengstoffe. Der zweite Abschnitt betrifft besondere Bestimmungen für den Landwirtschaft; der dritte besondere Bestimmungen für den Wasserverkehr. Der vierte Abschnitt behandelt den Handel mit Sprengstoffen, deren Aufbewahrung und Herausgabe; der fünfte betrifft die Lagerung von Sprengstoffen; der sechste Strafbestimmungen nach Maßgabe des Strafgesetzbuches bzw. des Dynamitgesetzes von 1884. Weitergehende polizeiliche Vorschriften und Anordnungen über die Verwendung von Sprengstoffen beim Bergbau sollen durch die jetzt erlassenen Bestimmungen nicht berührt werden.

Zur Sicherung des für weitere Gebiete Preußens benötigten Stroh- und Futtermangels hat der Minister der öffentlichen Arbeiten für den Bezug von Torfmüll (auch Torfmull) und Futtermitteln, d. B. Kleie, Mais, Dostchen, Blüben, Schlempe, Stroh usw., die Tarife der preußischen Staatsseefahrt vorübergehend bedeutend ermäßigt, die gleich den Frachtmäßigungen in seiner Eigenschaft als Chef der Verbindung der Reichsbahnbahnen auch für die Eisenbahnen in Elsass-Lothringen bewilligt. Die niedrigen Ausnahmefrachten für Torfmüll und Torfmull gelten bis zum 1. September 1894, diejenigen für Futtermittel „bis auf Weiteres.“ Auch im gothaischen Landtag ist am Montag die Futternoth zur Sprache gekommen. Die Regierung ist dieserhalb bereits in Verhandlungen mit dem Centralverein in Halle getreten und hat Unterstützung aus Staatsmitteln zum Ankauf von größeren Massen von Futtermitteln zugesagt.

Der Kampf des „V. Tageblattes“ gegen Herrn Eugen Richter wird immer häbischer. Das Blatt vergleicht den großen Freiheitsmann bereits mit einem bogenden Känguru, welches Niemand mehr imponieren könne! Die Sprache der „V. Tag.“ ist zwar sehr gemäßigt, aber auch sie zeigt, daß man der Richterschen Selbstherrschaft in weiten freisinnigen Kreisen fett ist. Dagegen erhebt Herrn Richter aber ein Helfer im „Vorwärts“. Das sozialdemokratische Organ ergreift für ihn in folgenden unmenschlichen Sätzen Partei: „Doch die bauhausischen Spieghelfer des wodelstrümptigen Deutschreichs den gestützten Parteiführer, der unstreitig der schändigste Organisator und beste Parlamentarier unter allen Bourgeoispolitikern ist, in rüdesten Weise anpöbeln, geht denn doch über Bohnenlied. Allerdings liegt es im Wesen dieser Kammernekte des Geldsack, daß sie den Mächtigen byzantinisch umweden, dem Gefallenen mit dem Eselsfußtritt behoben. Dieses Kennzeichen niedriger Geiinnung leuchtet so grell wie ehemals der gelbe Fleck auf dem Brustplatze der Injassen des Ghettos. Richters Geschick hat sich erfüllt. Die Thierchen des „Berliner Tageblattes“ und ähnlicher Blätter, die vom alten auf den neuen Elefanten hinüberwechseln, weil sie hier ihr Parasitenbedürfnis leichter zu befriedigen hoffen, erscheinen jetzt am Abend der Niederlage des Deutschreichs in ihrer nackten Verächtlichkeit.“

Der neu gewählte Reichstag wird selbstverständlich in der Militärfrage vollkommen von neuem anfangen haben. Einem „Antrag Huene“ gibt es nicht mehr, wohl aber wird der neue Entwurf eines Militärgeiges, nachdem der Reichstag im Namen der verbündeten Regierungen eine entsprechende Erklärung öffentlich abgegeben hat, genau jenem Antrage gleichen. Die neue Vorlage wird sich demnach von der im December v. J. eingebrachten in folgenden Punkten unterscheiden; die Friedenspräsenzstärke soll von 486 983 auf 567 000 (anstatt 570 877) Gemeine und Unteroffiziere gesteigert werden, die Zahl der Offiziere von 20 500 auf 22 400 (anstatt 22 638). Die dauernden Kosten werden sich durch diese Abschüsse von 65 auf etwa 55 Millionen erhöhen. Während die frühere Militärvorlage die zwei-